

Breslauer Zeitung.

Achtziger Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Breslau außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitstraße 24,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Strelzaud,
in Breslau b. Emil Rabath.

Mr. 188.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung.
(Schluß.)

Berlin, 14. März. Im Fortgang der Sitzung ergreift nach der Rede des Fürsten Bismarck bei der Beratung der für den Botschafterposten in Petersburg geforderten Gehaltsverhöhung das Wort Abg. v. Schorlemmer (Alt): Die Erfahrungen, die Herr v. Unruh als Commiss Voyageur gemacht, können für uns unmöglich maßgebend sein. Die Frauen und Töchter der Botschafter gehen in London und Paris gewiß auch nicht zu Fuß, und wenn die Röcke in Petersburg wirklich so theuer sind, wie der Reichskanzler geschildert, so mögen sich die Herren doch ihre Röcke in Deutschland machen lassen; möge der Reichskanzler ihnen doch befahlen, deutsche Röcke zu tragen, eben so gut wie den Botschaftern bekanntlich vom Reichskanzler verboten worden ist, ausländische Frauen zu heirathen. (Heiterkeit) Sollten übrigens die Botschafter wirklich, wie der Reichskanzler meint, zurücktreten, weil ihr Geballt nicht groß genug sei, so wird Fürst Bismarck ja in der bekannten Botschafterfraktion immer hinreichenden Erfolg finden.

Fürst v. Bismarck: Auf den Witz des Vorredners über die Botschafterfraktion kann ich nicht antworten, weil ich die Logik und Anwendbarkeit derselben hier wirklich gar nicht verstand. Ich habe viel logischere und hübschere Ausführungen vom ihm schon gehört und ich muß sagen, wir sind eine bessere Sorte von der Quelle gewöhnt. Was soll es heißen, der Botschafter könnte, wenn er abdankt, ja in die Botschafterfraktion eintreten. Ich bin für Siedeleien, wenn sie irgend logisch sind, auch als Mittelchen gern empfänglich, aber diese hat mir wirklich leid. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hagen): Ich habe sehr gerechtfertigte persönliche Gründe im deutschen Reich das Misverständniß, welches die Auffassung des Herrn Reichskanzlers leitete, als ob es mir an der erforderlichen Galanterie gegen junge Damen fehle, sich nicht weiter verbreiten zu lassen. Ich glaube jungen Damen jeden ihnen wünschweren Komfort. Ich hielte nur den deutschen Reichstag für inkompetent — und vielleicht befandet sich darin gerade eine gewisse Galanterie — in die vom Herrn Reichskanzler eingeleitete Spezialdissertation über die budgetmäßigen Bedürfnisse junger Damen einzutreten. Ich hat darum den Reichstag das Botschaftsgehalt statt nach einer Spezialuntersuchung nach allgemeinen Grundlagen für Gehaltsregulierung zu bemühen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schorlemmer (Alt): Der Reichskanzler meinte, ich hätte gesagt, wenn der Botschafter abginge, so könne er in die Botschafterfraktion eintreten. Ich habe aber gesagt, wenn der Botschafter aus Petersburg zurücktrete, so würde Fürst Bismarck in der Botschafterfraktion reichlichen Erfolg finden. Der Herr Reichskanzler thut mir leid, daß er diesen Witz nicht verstanden hat.

Nachdem sich noch der Abg. Gerhardt gegen die Mehrbewilligung ausgesprochen, wird hierauf die geforderte Erhöhung des Botschaftsgehalts in Petersburg um 30.000 Mark mit 163 gegen 148 Stimmen bewilligt (davon stimmten u. A. diesmal auch die Abg. Läster, Kapp und v. Stauffenberg.)

Bei Tit. 78 (Dispositionsfonds) behufs Besoldung der Beamten bei den Konsularämtern, deren Errichtung sich im Laufe des Etatsjahrs als notwendig herausstellt 75,000 Mf.) wünscht Abg. Graf Ballerstrem eine Verringerung der Summe, da die Konulate in Algier, Barcelona und Port au Prince, welche bis zum vorigen Jahre aus diesem Fonds unterhalten wurden, jetzt entstellt sind. Es sei also ein großer Dispositionsfond nicht mehr nötig.

Reichskanzleramtsdirektor v. Philippsborn glaubt, daß der Wunsch des Vorredners die Folge einer mißverständlichen Auffassung der Zwecke dieses Fonds sei. Derselbe sei bestimmt, der Reichsregierung die Mittel zu geben, augenblicklich im Bedürfnisfalle eine neue Konsulatsstelle provisorisch zu gründen. Diese Aufgabe sei durch die Einstellung der vom Vorredner angeführten Konsulate nicht geändert, im Gegenteil habe die Regierung die Absicht, in ihrer bisherigen Praxis bei Gründung neuer Konsulate fortzufahren.

Die Position wird bewilligt; ebenso ohne Debatte die übrigen Ausgabepositionen dieses Etats.

Bei Tit. 4 der Einnahmen (Gebühren bei den besoldeten Generalkonsulaten, Konsulaten und Vice-Konsulaten 264,465 Mark) wünscht Abg. Kapp in Zukunft eine Spezifizierung dieser Position, um das Verhältnis der Intraden zu den Kosten bei den einzelnen Stellen bearbeiten zu können.

Reichskanzleramtsdirektor v. Philippsborn verspricht dem Wunsche des Vorredners im kommenden Etat Rechnung zu tragen, daß der Zweck des Antrages der Regierung vollkommen genehm sei. Das Generalkonsulat in New York koste ungefähr jährlich 120,000 Mf. und bringe durchschnittlich alle Jahre 90,000 Mf.

Sämtliche Einnahmepositionen dieses Etats werden bewilligt. Es folgt der Etat der Reichssicherheit (Gebühren bei den besoldeten Generalkonsulaten und Hilfsbeschreibern, sowie zu Remunerationen an Konsulatarien und Hilfsbeschreibern, sowie zu Remunerationen an Saarverwaltung für gezeigterliche Vorarbeiten 40,000 Mf.) bittet Abg. Marquardt um nähere Auskunft über die Pläne, welche das Reichsjustizamt und sein neuer Präsident für ihre legislatorischen Arbeiten festgestellt haben.

Präsident des Reichsjustizamts Staatssekretär Friedberg: Ich freue mich, daß mir an dieser Stelle Gelegenheit gegeben wird, mich über die Aufgaben auszusprechen, welche jetzt dem Reichsjustizamt zugewiesen sind. Ich betrachte als unsere Hauptaufgabe zunächst die Ausarbeitung derjenigen Gesetze, welche zur Ausführung der von Ihnen beschlossenen Justizgesetze nötig sind. In der Reihefolge wird zunächst das vorbehaltene Gesetz über die Rechtsanwaltschaft kommen. Dasselbe ist bereits festgestellt, nur die Motive bedürfen noch einer Revision. Auch das Gesetz über die Strafvollstreckung ist bereits in Angriff genommen und wird nach Fertigstellung der Anwaltsordnung energisch fortgeführt werden. Es muß ferner ein Gesetz über die Gerichtsgebühren ausgearbeitet werden. Dieses Gesetz macht mir seiner großen Schwierigkeit wegen jetzt die meisten Sorgen, weil gleichzeitig mit demselben die Gebühren der Kriminaljustiz geregelt werden müssen. Hier namentlich sind es die Finanzverwaltungen aller deutscher Länder, welche keinen großen Ausfall in den Einnahmen wünschen und deshalb Schwierigkeiten verursachen. Wir werden auch zu arbeiten haben auf dem Gebiete der Handelsgesetzgebung; der Bundesrat hat dem Reichsjustizamt die Aufgabe überwiesen, eine Novelle zum Aktiengesetz auszuarbeiten, welche den Ausschreibungen bei Gründungen entgegenzuwirken bestimmt ist. (Beifall). Eine solche Aufgabe ist leichter aufgestellt als ausgeführt. Man wird in weite Rechtsgebiete eingreifen müssen; trotzdem aber ist diese Aufgabe eine solche, welche nicht verschoben

Donnerstag, 15. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Postkarte 20 Pf. die schriftgekennzeichnete Zeile oder deren Raum, Belegnamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung.
(Schluß.)

Berlin, 14. März. Im Fortgang der Sitzung ergreift nach der Rede des Fürsten Bismarck bei der Beratung der für den Botschafterposten in Petersburg geforderten Gehaltsverhöhung das Wort Abg. v. Schorlemmer (Alt): Die Erfahrungen, die Herr v. Unruh als Commiss Voyageur gemacht, können für uns unmöglich maßgebend sein. Die Frauen und Töchter der Botschafter gehen in London und Paris gewiß auch nicht zu Fuß, und wenn die Röcke in Petersburg wirklich so theuer sind, wie der Reichskanzler geschildert, so mögen sich die Herren doch ihre Röcke in Deutschland machen lassen; möge der Reichskanzler ihnen doch befahlen, deutsche Röcke zu tragen, eben so gut wie den Botschaftern bekanntlich vom Reichskanzler verboten worden ist, ausländische Frauen zu heirathen. (Heiterkeit) Sollten übrigens die Botschafter wirklich, wie der Reichskanzler meint, zurücktreten, weil ihr Geballt nicht groß genug sei, so wird Fürst Bismarck ja in der bekannten Botschafterfraktion immer hinreichenden Erfolg finden.

Fürst v. Bismarck: Auf den Witz des Vorredners über die Botschafterfraktion kann ich nicht antworten, weil ich die Logik und Anwendbarkeit derselben hier wirklich gar nicht verstand. Ich habe viel logischere und hübschere Ausführungen vom ihm schon gehört und ich muß sagen, wir sind eine bessere Sorte von der Quelle gewöhnt. Was soll es heißen, der Botschafter könnte, wenn er abdankt, ja in die Botschafterfraktion eintreten. Ich bin für Siedeleien, wenn sie irgend logisch sind, auch als Mittelchen gern empfänglich, aber diese hat mir wirklich leid. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hagen): Ich habe sehr gerechtfertigte persönliche Gründe im deutschen Reich das Misverständniß, welches die Auffassung des Herrn Reichskanzlers leitete, als ob es mir an der erforderlichen Galanterie gegen junge Damen fehle, sich nicht weiter verbreiten zu lassen. Ich glaube jungen Damen jeden ihnen wünschweren Komfort. Ich hielte nur den deutschen Reichstag für inkompetent — und vielleicht befandet sich darin gerade eine gewisse Galanterie — in die vom Herrn Reichskanzler eingeleitete Spezialdissertation über die budgetmäßigen Bedürfnisse junger Damen einzutreten. Ich hat darum den Reichstag das Botschaftsgehalt statt nach einer Spezialuntersuchung nach allgemeinen Grundlagen für Gehaltsregulierung zu bemühen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schorlemmer (Alt): Der Reichskanzler meinte, ich hätte gesagt, wenn der Botschafter abginge, so könne er in die Botschafterfraktion eintreten. Ich habe aber gesagt, wenn der Botschafter aus Petersburg zurücktrete, so würde Fürst Bismarck in der Botschafterfraktion reichlichen Erfolg finden. Der Herr Reichskanzler thut mir leid, daß er diesen Witz nicht verstanden hat.

Nachdem sich noch der Abg. Gerhardt gegen die Mehrbewilligung ausgesprochen, wird hierauf die geforderte Erhöhung des Botschaftsgehalts in Petersburg um 30.000 Mark mit 163 gegen 148 Stimmen bewilligt (davon stimmten u. A. diesmal auch die Abg. Läster, Kapp und v. Stauffenberg.)

Bei Tit. 78 (Dispositionsfonds) behufs Besoldung der Beamten bei den Konsularämtern, deren Errichtung sich im Laufe des Etatsjahrs als notwendig herausstellt 75,000 Mf.) wünscht Abg. Graf Ballerstrem eine Verringerung der Summe, da die Konulate in Algier, Barcelona und Port au Prince, welche bis zum vorigen Jahre aus diesem Fonds unterhalten wurden, jetzt entstellt sind. Es sei also ein großer Dispositionsfond nicht mehr nötig.

Reichskanzleramtsdirektor v. Philippsborn glaubt, daß der Wunsch des Vorredners die Folge einer mißverständlichen Auffassung der Zwecke dieses Fonds sei. Derselbe sei bestimmt, der Reichsregierung die Mittel zu geben, augenblicklich im Bedürfnisfalle eine neue Konsulatsstelle provisorisch zu gründen. Diese Aufgabe sei durch die Einstellung der vom Vorredner angeführten Konsulate nicht geändert, im Gegenteil habe die Regierung die Absicht, in ihrer bisherigen Praxis bei Gründung neuer Konsulate fortzufahren.

Die Position wird bewilligt; ebenso ohne Debatte die übrigen Ausgabepositionen dieses Etats.

Bei Tit. 4 der Einnahmen (Gebühren bei den besoldeten Generalkonsulaten, Konsulaten und Vice-Konsulaten 264,465 Mark) wünscht Abg. Kapp in Zukunft eine Spezifizierung dieser Position, um das Verhältnis der Intraden zu den Kosten bei den einzelnen Stellen bearbeiten zu können.

Reichskanzleramtsdirektor v. Philippsborn verspricht dem Wunsche des Vorredners im kommenden Etat Rechnung zu tragen, daß der Zweck des Antrages der Regierung vollkommen genehm sei. Das Generalkonsulat in New York koste ungefähr jährlich 120,000 Mf. und bringe durchschnittlich alle Jahre 90,000 Mf.

Sämtliche Einnahmepositionen dieses Etats werden bewilligt. Es folgt der Etat der Reichssicherheit (Gebühren bei den besoldeten Generalkonsulaten und Hilfsbeschreibern, sowie zu Remunerationen an Konsulatarien und Hilfsbeschreibern, sowie zu Remunerationen an Saarverwaltung für gezeigterliche Vorarbeiten 40,000 Mf.) bittet Abg. Marquardt um nähere Auskunft über die Pläne, welche das Reichsjustizamt und sein neuer Präsident für ihre legislatorischen Arbeiten festgestellt haben.

Präsident des Reichsjustizamts Staatssekretär Friedberg: Ich freue mich, daß mir an dieser Stelle Gelegenheit gegeben wird, mich über die Aufgaben auszusprechen, welche jetzt dem Reichsjustizamt zugewiesen sind. Ich betrachte als unsere Hauptaufgabe zunächst die Ausarbeitung derjenigen Gesetze, welche zur Ausführung der von Ihnen beschlossenen Justizgesetze nötig sind. In der Reihefolge wird zunächst das vorbehaltene Gesetz über die Rechtsanwaltschaft kommen. Dasselbe ist bereits festgestellt, nur die Motive bedürfen noch einer Revision. Auch das Gesetz über die Strafvollstreckung ist bereits in Angriff genommen und wird nach Fertigstellung der Anwaltsordnung energisch fortgeführt werden. Es muß ferner ein Gesetz über die Gerichtsgebühren ausgearbeitet werden. Dieses Gesetz macht mir seiner großen Schwierigkeit wegen jetzt die meisten Sorgen, weil gleichzeitig mit demselben die Gebühren der Kriminaljustiz geregelt werden müssen. Hier namentlich sind es die Finanzverwaltungen aller deutscher Länder, welche keinen großen Ausfall in den Einnahmen wünschen und deshalb Schwierigkeiten verursachen. Wir werden auch zu arbeiten haben auf dem Gebiete der Handelsgesetzgebung; der Bundesrat hat dem Reichsjustizamt die Aufgabe überwiesen, eine Novelle zum Aktiengesetz auszuarbeiten, welche den Ausschreibungen bei Gründungen entgegenzuwirken bestimmt ist. (Beifall). Eine solche Aufgabe ist leichter aufgestellt als ausgeführt. Man wird in weite Rechtsgebiete eingreifen müssen; trotzdem aber ist diese Aufgabe eine solche, welche nicht verschoben

werden kann, und ich werde mich nach Kräften bestreben, die Wünsche der Regierungen und der Volksvertretung, in dieser Hinsicht zu erfüllen. Auch andere Gebiete der Gesellschaftsgesetzgebung werden unsere Tätigkeit in Anspruch nehmen. Ein Genossenschaftsgesetz, ein Gesetz über die Rechte der Inhaber von Eisenbahnpapieren und ein Eisenbahn-Konkurrenzgesetz sind dringend nötig. Eine Reform der Konsular-Gerichtsbarkeit, welche jetzt nur auf den alten preußischen Gesetzen beruht, wird jetzt für das Reich eintreten müssen. Von kleineren Gesetzen, wie z. B. das Gesetz über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden ist, will ich schweigen. Diese Aufgaben werden uns für die nächsten Jahre hinlänglich beschäftigen. Daneben müssen wir den ordentlichen Dienst führen. Dazu gehören die Ausübungen des nach Artikel 16 der Verfassung den Reichsbehörden zustehenden Aufsichtsrechtes über die Ausführung der Reichsgesetze durch die Landesbehörden, auf welche wir keineswegs verzichten dürfen. Dazu gehört ferner die Justizverwaltung in Elsaß-Lothringen, wodurch wir etwa die gleiche Arbeit haben, wie ein mittelstaatliches Justizministerium. Wir gewinnen aber dadurch einen Kern von praktischen Erfahrungen, so daß wir uns nicht ausschließlich auf dem Boden der idealen legislatorischen Tätigkeit zu bewegen brauchen. Das Reichsjustizamt soll auch im Bedürfnisfalle allen Reichsbehörden mit juristischen Beratungen zur Seite stehen. Sie werden mir zugeben, daß ich diese Aufgaben mit meinem etatmäßigen Personal nicht lösen kann, zumal da ich im Reichsjustizamt Mitarbeiter ad hoc aus allen Theilen Deutschlands haben muss. Ich kann nur konstatieren, daß mir von allen deutschen Regierungen durch vollkommenes Entgegenkommen meine schwierigen Aufgaben bedeutend erleichtert werden. Ich bedarf also dieses Fonds dringend. Ich kann die Bewilligung bei meiner außerordentlich kurzen Amtsleitung nicht als Vertrauensvotum ansehen, hoffe aber, daß ich mir in Zukunft ein solches erringen werde. Damit nicht unsere Arbeiten verklammert vor Sie gelangen, bitte ich Sie, mir den Titel ungeschmälert zu bewilligen.

Deiner Titel, sowie alle übrigen, dieles Etats werden bewilligt. Ohne Debatte genehmigt das Haus den Etat des Reichsjustizamtes.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Fortsetzung der Etatherathung.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. März.

Der Werkstätten-Baumeister Karl Müller zu Bromberg ist zum lgl. Eisenbahn-Maschinenmeister bei der Ostbahn ernannt worden.

Eine Milchrevision wurde heute Morgen seitens der Polizei in den verschiedenen Milchverkaufsstellen unserer Stadt vorgenommen. Dieselbe hat im Ganzen ein zufriedenstellendes Resultat ergeben.

Die Leiche eines Kindes, welches vor etwa 14 Tagen auf einem Kirchhofe vor dem Berliner Thor beerdiggt worden war, wurde gestern ausgegraben, um untersucht zu werden, da der Verdacht regen geworden ist, daß das Kind keines natürlichen Todes gestorben ist.

Eine wild gewordene Kuh. Gestern riss sich bei einem Fleischer auf der Schrotla eine Kuh in dem Augenblicke, wo sie eben mit der Art einen Schlag auf den Kopf erhalten sollte, um geschlachtet zu werden, los, drang in die Wohnung des Fleischers, warf Tische und Stühle um und lief alsdann in die Zibina, wo es später gelang, des Thieres wieder habhaft zu werden.

Ein Gardinenbrand entstand am 12. d. M. Abends in einer Kellerwohnung des Hauses Friedrichstraße 13 dadurch, daß beim Anstreichen eines Bündholzchens die brennende Bündmasse gegen die Gardine flog. Der Brand wurde bald gelöscht.

Die Diebstähle. Vor einigen Tagen wurden auf einem Kohlenplatz beim Zentralbahnhofe eine größere Menge von Männern dabei betroffen, als sie eben Kohlen in ihre Säcke füllten, um dieselben zu stehlen. Die Männer ergriessen unter Zurücklassung der mit Kohlen gefüllten Säcke die Flucht, als sie bemerkten, daß der Wächter mit noch anderen Personen herbeieilte; es ist leider nicht gelungen, einen der Diebe zu ergreifen. — Einem Uhrmacher auf der Breitenstraße wurde gestern aus unverschlossenem Laden ein Firmenstempel gestohlen. — Einem Schuhmacher auf der Schrotla sind in der Nacht vom 13.—14. d. M. aus verschlossenem Stalle 9 Hähner und 1 Hahn gestohlen. Letzterer wurde gestern auf dem Sapiebaplatze bei einer Handelsfrau vorgefunden, welche angab, denselben von einer ihr nicht bekannten Frau gekauft zu haben. — Heute Morgen wurde in der Nähe des Centralbahnhofs ein Mann betroffen, welcher einen Sack auf dem Rücken trug und denselben von sichwarf, als er bemerkte, daß Personen ihn verfolgten. Es ergab sich, daß in dem Sack sich mehrere Hähner befanden.

Die Ausgabepositionen dieses Etats werden bewilligt. Bei Tit. 4 der Einnahmen (Gebühren bei den besoldeten Generalkonsulaten, Konsulaten und Vice-Konsulaten 264,465 Mark) wünscht Abg. Kapp in Zukunft eine Spezifizierung dieser Position, um das Verhältnis der Intraden zu den Kosten bei den einzelnen Stellen bearbeiten zu können.

Reichskanzleramtsdirektor v. Philippsborn verspricht dem Wunsche des Vorredners im kommenden Etat Rechnung zu tragen, daß der Zweck des Antrages der Regierung vollkommen genehm sei. Das Generalkonsulat in New York koste ungefähr jährlich 120,000 Mf. und bringe durchschnittlich alle Jahre 90,000 Mf.

Sämtliche Einnahmepositionen dieses Etats werden bewilligt. Es folgt der Etat der Reichssicherheit (Gebühren bei den besoldeten Generalkonsulaten und Hilfsbeschreibern, sowie zu Remunerationen an Konsulatarien und Hilfsbeschreibern, sowie zu Remunerationen an Saarverwaltung für gezeigterliche Vorarbeiten 40,000 Mf.) bittet Abg. Marquardt um nähere Auskunft über die Pläne, welche das Reichsjustizamt und sein neuer Präsident für ihre legislatorischen Arbeiten festgestellt haben.

Präsident des Reichsjustizamts Staatssekretär Friedberg: Ich freue mich, daß mir an dieser Stelle Gelegenheit gegeben wird, mich über die Aufgaben auszusprechen, welche jetzt dem Reichsjustizamt zugewiesen sind. Ich betrachte als unsere Hauptaufgabe zunächst die Ausarbeitung derjenigen Gesetze, welche zur Ausführung der von Ihnen beschlossenen Justizgesetze nötig sind. In der Reihefolge wird zunächst das vorbehaltene Gesetz über die Rechtsanwaltschaft kommen. Dasselbe ist bereits festgestellt, nur die Motive bedürfen noch einer Revision. Auch das Gesetz über die Strafvollstreckung ist bereits in Angriff genommen und wird nach Fertigstellung der Anwaltsordnung energisch fortgeführt werden. Es muß ferner ein Gesetz über die Gerichtsgebühren ausgearbeitet werden. Dieses Gesetz macht mir seiner großen Schwierigkeit wegen jetzt die meisten Sorgen, weil gleichzeitig mit demselben die Gebühren der Kriminaljustiz geregelt werden müssen. Hier namentlich sind es die Finanzverwaltungen aller deutscher Länder, welche keinen großen Ausfall in den Einnahmen wünschen und deshalb Schwierigkeiten verursachen. Wir werden auch zu arbeiten haben auf dem Gebiete

Unternehmen, wie ein solches für Mitteldeutschland bisher nicht vorhanden war und für welches doch das Bedürfnis lebhaft empfunden ward, allseitig befriedigend zu Stande zu bringen. Gewiss wird dem jetzt so sehr darniederliegenden gewerblichen und geschäftlichen Leben ein Anlaß zu erneuter und vermehrten Regsamkeit durch diesen Maschinenmarkt gegeben werden.

** Wien, 12. März. Die Einnahmen der Elisabeth-Bahn betrugen in der Zeit vom 21. bis zum 28. Februar 219,193 Fl., ergaben mithin gegen dieselbe Zeit des Vorjahres eine Mindererinnahme von 8611 Fl.

** Wien, 12. März. Die Einnahmen der Karl-Ludwig-Bahn betrugen in der Zeit vom 3. bis zum 12. März 308,628 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehrerinnahme von 69,008 Fl.

** Wien, 13. März. Die Unionbank wird, wie die "Bresse" von zuverlässiger Seite erfährt, den Dividendenkupon mit 3 Fl. einzösen. — Betreff der Sanierung der Duz-Bodenbacher Bahn liegen neuerdings mehrere Projekte vor; in erster Reihe verhandelt die Regierung über ein neues, von der Anglo-Bank aufgestelltes Projekt, wonach letztere die Cramer-Klett'sche Schuld bezahlt und dafür Prioritäten übernimmt.

** Wien, 15. März. Wie die Presse meldet, hat der wiener Verwaltungsrat der Staatsbahn sich bereits für eine Dividende von 25 Frs. ausgesprochen. Das pariser Komite entschied sich noch nicht, doch gilt die Zustimmung für unweichbar.

** Pest, 13. März. Wie die "Bresse" erfährt, betrugen nach dem für das vierte Quartal 1876 publizierten Ausweis der ungarischen Staatskassen die Einnahmen in dieser Zeit 72,453,000, die Ausgaben 57,129,000 Fl., während in dem entsprechenden Quartale des Vorjahrs die Einnahmen sich auf 63,785,000, die Ausgaben auf 53,912,000 Fl. beliefen.

** Kairo, 12. März. Die erforderlichen Summen zur Bezahlung des im April fällig werdenden Coupons der Anleihe von 1864 sind bereits in die Staatschuldentasse eingezahlt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 15. März. Der "National-Zeitung" zufolge hat der Kaiser das Entlassungsgebot des Marineministers v. Stosch nicht bewilligt.

Paris, 14. März. Das "Journal des Debats" erhält ein Telegramm aus London, wonach der englische Ministerrath gestern das russische Vorschlagene Protokoll, welches von sechs Großmächten zu unterzeichnen sei, im Prinzip akzeptirt habe. Lord Derby und Graf Schwallow sind mit der Beratung über die Redaktion des Protokolls beschäftigt.

Paris, 14. März. Der Antwort Englands auf die russischen Protokollvorschläge wird der "Habas" zufolge morgen entgegengesehen. Man erwartet mit Sicherheit, daß sie zu Gunsten des russischen Vorschlags ausfällt. Ignatiess konferierte heute Vormittags mit dem Herzog v. Decazes und dinierte Abends in der britischen Botschaft. Dem "Temps" zufolge nahm das britische Kabinett die Basis des russischen Vorschlags, welchen Graf Schwallow überreichte, an und machte nur einige Bedenken gegen die Redaktion zweier Sätze geltend. Man erwartet, General Ignatiess werde den verlangten Anordnungen zustimmen. General Ignatiess verlängerte seinen pariser Aufenthalt.

Wien, 14. März. Die "Politische Korrespondenz" erfährt aus Konstantinopel vom 14. d. Folgendes: Verlässliche Informationen signalisiren die Bemühungen hervorragender diplomatischer Vertreter der Pforte im Auslande bei dem Großvizer im Sinne einer spontanen Annäherung an Russland behufs direkter Auseinandersetzung mit dieser Macht.

Pest, 14. März. Im Unterhaus beantwortete Ministerpräsident Tisza die Interpellation, betreffs der Verhandlungen in der Bankfrage und der Vorlegung der darauf bezüglichen Protokolle unter Hinweis auf die demnächstige Einbringung von Gesetzvorlagen. Auf die Interpellation des Serben Polit, betreffs der türkfreundlichen Demonstrationen und der Haltung der Monarchie in der Orientfrage, erwiederte Tisza, die Demonstrationen Einzelner könnten die Politik Ungarns und der Monarchie weder gefährden noch kompromittiren. Die Regierung eines freien Staates könne nicht verhindern, daß ein Theil seiner Staatsbürger innerhalb der gesetzlichen Schranken seine Ansichten ausspreche. Die äußere Politik werde von der Regierung und der Legislative, aber nicht von der Universitätsjugend gemacht. In Ungarn sei Niemand ein solcher Türkenfreund, daß er die Unterdrückung der Christen in der Türkei wolle oder nicht wünsche, daß ihr Los verbessert werde. (Beispiel.) Das Auswärtige Amt, womit die ungarische Regierung diesbezüglich übereinstimmt, halte an den in der Orientfrage bisher besagten Prinzipien fest und betrachte es als seine Aufgabe, den Frieden zu erhalten, das Los der Christen in der Türkei zu verbessern und dafür zu sorgen, daß die Interessen der Monarchie unter allen Umständen, wem immer gegenüber, gewahrt werden. (Lebhafter Beispiel.) Die Antworten Tiszas wurden zur Kenntnis des Hauses genommen.

Petersburg, 14. März. Das so langsame Fortschreiten der Verhandlungen der Pforte mit Montenegro wird in biesigen politischen Kreisen mit lebhaftem Bedauern verfolgt. Montenegro, welches bisher siegreich gewesen, hält an den Entscheidungen der Konferenz fest. Die Pforte macht indes Montenegro noch keinerlei Gegenvorschläge, gestand weder die freie Rückkehr der herzegowinischen Flüchtlinge, welche Montenegro bis jetzt erhält noch die Abtretung des Hafens von Spizza noch des Ufers des Baianaflusses an Montenegro zu. Fürst Nikolaus beabsichtigt die Verhandlungen nicht zu überstürzen, doch ist er entschlossen, wenn dieselben ohne Aussichten auf Erfolg blieben, sich in seine natürlichen Festungen zurückzuziehen und sich in seinem gegenwärtigen Bestystande zu behaupten. Die öffentliche Meinung erachtet die Lösung der Fragen zwischen der Türkei und Montenegro als eine nothwendige Voraussetzung zu den Arrangements der Mächte.

London, 15. März. Die Mehrzahl der Morgenblätter drückt fortgesetz die Hoffnung aus, England werde dem Protokollvorschlag Ignatiess' beitreten und befürwortet die Annahme des Vorschlags. Die "Times" meint, daß Schicksal der Pforte liege in ihren eigenen Händen, aber England könne viel thun, um Russland zu verhindern, sich in einen großen Krieg zu stürzen. England könne auch Europa diesen Dienst erweisen, ohne die eigene Aktionsfreiheit einzubüßen.

Konstantinopel, 13. März. Am Sonnabend sind hier Plakate angeheftet worden, worin die Zurückberufung Midhat's verlangt und gegen den Frieden mit Serbien unter Abtretung von Alexinas protestirt wird.

Konstantinopel, 14. März. Der Ministerrath hat sich auch heute mit Montenegro beschäftigt und wird möglicherweise morgen wieder eine Konferenz anberaumt. Weigert sich die Pforte definitiv die Forderungen bezüglich Niksic und des rechten Morawaufers und des Seehafens zu bewilligen, so würden die montenegrinischen Delegirten abreisen, im Falle blos theilweise Verwerfung werden dieselben neue Instruktionen aus Cettinje einholen.

Konstantinopel, 14. März. Der Kommandant Silistrias, Abmet Hanib Pascha, ist anstatt des abgesetzten Omer Feizi zum Polizeiminister ernannt worden. Der Sultan besuchte den Parlamentsaal.

Konstantinopel, 15. März. Es heißt, die Pforte soll die Ablehnung der Forderung Montenegros die Abtretung Niksic's, des Hafens von Spizza und des rechten Morawaufers aufrecht erhalten und nur die Verichtigung der Grenze gegen Albanien zugestehen, wenn die Montenegriner sich verpflichten, die Straße von Podgorica nach Kolatschin zu bauen. Einige türkische Journales empfehlen der Pforte, die Forderungen Montenegros dem Parlamente zu unterbreiten. In Niksic beginnt sich Mangel an Lebensmitteln fühlbar zu machen.

Angekommene Fremde.

15. März.

Müllins' Hotel de Dresde. Johanniter-Ordensritter Se. Erlaucht Reichsgraf zur Lippe, Kommandeur des Johanniter-ordens auf Schloss Neudorf. Die Rittergutsbesitzer v. Kallreuth a. Weihenfels, v. Klitzing nebst Frau a. Diembow, Major Freiherr v. Kettler a. Nieder-Heidersdorf, Baron v. Leesen a. Nettsche, v. Poncet a. Neutomischel, Rittermeister v. Tressow, a. Radojewo, Dolsberg a. Lissa. Landrat Freiherr v. Massenbach a. Fraustadt. Rittermeister a. D. v. Wartenberg-Gleichen. Die Kaufleute Wulff aus Hannover, Nicolai a. Liegnitz, Freyer a. Stuttgart, Weissenbach a. Esslingen, Benz aus Cannstadt, Schörner a. Nürnberg, Gutfeld a. Berlin, Bach a. Dresden, Achtmann a. Köln. Rittergutsbes. Lieut. Höpflner aus Ostrowitz, Domänenpächter Kühn a. Dembe.

Stern's Hotel de l'Europe. Dr. Daszkiewicz aus Tremessee. Die Kaufleute Stephan a. Straßburg, Bazecko a. Berlin, Wojciechowski a. Polen. Fabrikant Blumberg a. Landsberg. Baumeister Themann a. Berlin.

Schaffenberg's Hotel. Gutsbesitzer v. Sulkowski a. Birnau. Die Kaufleute Büchting und J. Jaeger a. Berlin, M. Landau u. Stein a. Breslau, Buchwald aus Großenhain, Manasse aus Leipzig.

Tilsner's Hotel, Nachfolger Vogelsang. Die Kaufleute Holstein, B. Kunzweil u. Bonet a. Berlin, Lubczynski a. Greifswald, Emil Künzel a. Breslau. Rentier v. Jackowski a. Westpreußen. Agent Hessemer und Landwirth v. Liwnios a. Berlin.

Hotel de Berlin. Die Kaufleute Bichel a. Hamburg, Müller a. Berlin. Rittergutsbesitzer Rabow a. Lawice. Frau Augusta a. Warlowa. Fräulein Mosinska a. Westpreußen. Gutsbesitzer Richter a. Bielkow.

Hotel de Rome. Die Rittergutsbesitzer v. Lebinski nebst Frau a. Dolnik in Westpr., Seinlein aus Lüssow. Brauereibesitzer Steinlein nebst Sohn a. Berlin. Bauunternehmer Engel aus Salzhenn. Ober-Zollinspektor Fischer a. Stalmierzce. Fabrikbesitzer Hüller a. Löwenberg. Die Kaufleute Müller a. Stuttgart, Choden a. Biegenhain, Oppenheim a. Nürnberg, Dörr a. Magdeburg, Blau a. Stettin, Arendt, Ebeling u. Gehne a. Berlin, Werner a. Schwelm, Wachler a. Brüssel, Hobermann a. Bremen, Salzmann a. Elberfeld, Mainzer a. Mannheim, Rügner aus Breslau.

Gräß's Hotel zum Deutschen Hause. Gutsbesitzer Nowacki aus Breslau. Stadtwarengemeister Maczewski aus Neuteich. Administrator Boese a. Köthen. Fabrikant Neberlein aus Saalfeld. Die Schachtmeister Böhme a. Jabłonowo, Starżonek a. Schuhmense. Die Kaufleute Kempin a. Kuhulinstädt a. Breslau, Stoch a. Gnesen. Wiedemann a. Rostock. Gardo aus Salzgitter. Die Handelsleute Gebr. Hirschfeld u. Groß a. Berlin.

Keiler's Hotel. Die Kaufleute Leib a. Schönlanke, Frau Jakubowicz und Frau Opuzinska a. Słupce, Pietrowicz a. Schöffen, Frau Rubinstejn a. Stettin, Gebr. Michaelis aus Weseritz, Goslawiec aus Breslau, Lippmann a. Samter, Levin a. Rogow.

Telegraphische Börsenberichte.

Produktent-Course.

Danzig, 14. März. Getreide-Börse. Wetter: Feucht und milde. Wind: Süd-West.

Weizen loco heute wieder nur schwach zugeführt, entbehrt rege Kauflust und sind zu schwach behaupteten Preisen 160 Tonnen langsam verkauft worden. Bezahlt ist für Sommer 131 Pf. 218 M., 133 Pf. 219 M., 136 Pf. 221 M., russisch 121/2 Pf. 196 M., besserer 121 Pf. 203 M., 123/4 Pf. 208 M., bezogen 130/1 Pf. 210 M., glasig hochbunt 128, 129, 130 Pf. 220, 222, 221 M., fein hochbunt glasig 133 Pf. 227 M., weiß 126 Pf. 225 M., per Tonne. Termine billiger, April-Mai 215 M., Mai-Juni 216 M., bezahlt, Juli-Juli 218 M., bez. und Gd., 220 M. Br. Regulierungspreis 216 M. Roggen loco fester unverändert, inländischer 123 Pf. 163 Mark, 123 Pf. bez. 261 1/2 M., 126 Pf. 166 M., 128 Pf. 168 M., russischer 117 Pf. 146 M., 118 Pf. 147 M., 120 Pf. 149 1/2 M., 150 M. per Tonne bezahlt. Termine unverändert, April-Mai 157 M. Br., unterpolnischer April-Mai 162 M. Br., 160 M. Gd. Regulierungspreis 157 M. — Gerste loco in guter Qualität leichter verläufig, groß 110 Pf. 154 M., 113 1/2 M., 114 1/2 Pf. 156 M., feinste 117 Pf. 162 M., kleine 101/2 Pf. 136 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen loco graue sind zu 130 M. per Tonne verkauft. Termine Rüttner April-Mai 136 M. Br., 133 M. Gd. — Wizen loco 135, 145 M. per Tonne nach Qualität bezahlt. — Kleesaat loco rothe ordinär mit 52 M. per 200 Pf. — Spiritus loco flau 52 M. Br., 51 1/2 M. Gd. — Petroleum loco 18 M.

Liverpool, 14. März. Baumwolle: (Schlußbericht). Um satz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. — Preise Weichend.

Antwerpen, 14. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen geschäftslos. Roggen loco. Hafer loco. Gerste geschäftslos.

Petroleumsmarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 35 bez. u. Br., März pr. 35 bez. u. Br., pr. April 35 Br., pr. September — bez., 37 1/2 Br., pr. September-Dezember — bez., 38 Br. — Weichend.

Amsterdam, 14. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftslos, auf Termine träger, pr. März 307, per Mai 311. Roggen loco unverändert auf Termine fest, per März 191, per Mai 194. Rüttel loco 39, per Mai 38, per Herbst 39 1/2 M. ap 8 pr. Frühj. — fl. — Wetter: Trübe.

Newport, 13. März. (Waarenbericht) Baumwolle in Newport 12, do. in New-Orleans 11. Petroleum in Newport 15 1/2, do. in Philadelphia 15 1/2. Mehl 6 D. 00 C. Rother Frühjahrswiesen 1 D. 50 C. Mais (old mixed) 56 C. Zucker (Fair refining Muscovado) 8%. Kaffee (Rio) 19 1/2. Schmalz (Markt Wilcox) 10. Speck (short clear) 8 C. Getreidefracht 4%.

Börsen-Telegramme.

(Schlußkurse.)

Berlin, den 15. März 1877. (Telegr. Agentur.)

		Rot. v. 14	Rot. v. 14
Märkisch-Posen	E. A.	18 75	18 40
do.	Stamm-Prior.	70 50	70 —
König-Winden.	E. A.	95 10	94 75
Rheinische	E. A.	105 10	105 —
Oberschlesische	E. A.	122 —	122 —
Dest. Nordwestbahn	185 —	184 —	Schle. Bankverein
Contrafin. Rudolfs-H.	44 25	44 10	Centralb. f. Ind. u. Hd.
Russ. Bod.-Kt.	164 75	164 30	Redenhütte
Poln. Prog. Pfandbr.	71 25	71 —	Königs- u. Laurahütte
Pol. Provinzial-B.	103 60	103 —	Posener Apr. Pfandbr.
Pos. Provinzial-B.	103 60	103 —	Posener Rente
Nachbrse:	Franzen	376,50	Kredit 246,50 Lombarden 134,00

Berlin, den 15. März 1877. (Telegr. Agentur.)

		Rot. v. 14	Rot. v. 14
Weizen	ruhig.	218 50	218 50
April-Mai	222 —	222 —	Brot. Staatsschuldh.
Roggen	höher.	162 —	161 50
April-Mai	163 —	162 —	Staatsbahn
April-Mai	160 —	159 —	Lombarden
Nübbel	matt.	1860er Jahre	1860er Jahre
April-Mai	63 90	64 —	Italiener
Sept.-Okt.	65 10	64 30	Amerikaner
April-Mai	53 20	53 20	Türken
April-Mai	54 10	54 40	Rumänen
Aug.-Sept.			